ANWALTSKANZLEI FRANK RÖTHEMEYER

RECHTSANWALT | FACHANWALT FÜR VERKEHRSRECHT

MANDANTENDATEN

Stand: 01/2022

Bei gewerblichen Mandaten: Firma u. Rechtsform, gesetzlicher Vertreter		Verpflichtung gem. Geldwäschegesetz Wir sind in vielen Fällen gesetzlich verpflichtet, die Identität unseres Auftraggebers und die Frage nach dem/der wirtschaftlich Berechtigten zu überprüfen. Daher benötigen wir bei juristischen Personen in der Regel einen Registerauszug. Privatpersonen fragen wir nach einem Ausweisdokument. ☐ Registerauszug liegt vor
Registernummer		☐ Registerauszug ilegt von ☐ Registerauszug ist abzurufen ☐ Identität, Ausweisdokument geprüft
vorsteuerabzugsberechtigt:	a / 🗆 nein	
Aktualisierung Ihrer Daten: Bitte informieren Sie uns jeweils umgehend bei Änderung der hi oder sonst für das Mandat wichtigen Daten sowie bei einer post telefonischen Unerreichbarkeit von mehr als einer Woche.		Datum:
Name, Vorname		Telefon privat
ggf. gesetzlicher Vertreter		Telefon beruflich
Strasse		Mobiltelefon
PLZ, Ort		Telefax
Geburtsdatum		Staatsangehörigkeit
E-Mail		Beachten Sie bitte die besonderen Erläuterungen zur Kommunikation per E-Mail und Telefax auf der Rückseite dieses Formulars. Bitte machen Sie hier nur dann Angaben, wenn Sie mit der Kommunikation über diesen ungeschützten Übermittlungsweg einverstanden sind.

Datenschutz: Wir erheben, verarbeiten und nutzen Ihre Daten nach den gesetzlichen Bestimmungen um Sie als unseren Mandanten identifizieren zu können, um Sie angemessen anwaltlich beraten und vertreten zu können, zur Korrespondenz mit Ihnen, zur Rechnungsstellung, zur Abwicklung von evtl. vorliegenden Haftungsansprüchen sowie der Geltendmachung etwaiger Ansprüche gegen Sie. Hierzu werden die Daten auch in der elektronischen Datenverarbeitung (EDV) erfasst und gespeichert. Hierzu gehören auch die Informationen, die für die Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte im Rahmen des Mandates notwendig sind. Im Rahmen der anwaltlichen Verschwiegenheitspflicht werden Ihre Daten vertraulich behandelt.

Die Datenverarbeitung erfolgt auf Ihre Anfrage hin und ist nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO zu den genannten Zwecken für die angemessene Bearbeitung des Mandats und für die beidseitige Erfüllung von Verpflichtungen aus dem Mandatsvertrag erforderlich. Die von uns erhobenen personenbezogenen Daten werden bis zum Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht für Anwälte (6 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mandat beendet wurde) gespeichert und danach gelöscht, es sei denn, dass wir aufgrund von steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten zu einer längeren Speicherung verpflichtet sind oder Sie in eine darüber hinausgehende Speicherung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO eingewilligt haben.

Widerspruchsrecht

Sofern Ihre personenbezogenen Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO verarbeitet werden, haben Sie das Recht, gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben.

Möchten Sie von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch machen, genügt z.B. eine formlose E-Mail an: kanzlei@f28anwalt.de.

ERKLÄRUNGEN DES AUFTRAGGEBERS

Ich bin mit den Mandatsbedingungen der Anwaltskanzlei Frank Röthemeyer einverstanden und habe von der Datenschutzerklärung Kenntnis genommen. Ich bin darüber informiert, dass es meine freie Entscheidung ist, die nachfolgenden Erklärungen abzugeben.

Sollte ich diese (teilweise) nicht abgeben oder später widerrufen, wird der Rechtsanwalt entscheiden, ob die Bearbeitung meines Anliegens aus seiner Sicht noch möglich ist. Ist dies nicht der Fall, kommt ein Mandat nicht zustande bzw. wird nach deren Ermessen durch den Rechtsanwalt ohne Verlust bereits entstandener Gebührenansprüche beendet.

Soweit Einwilligungen durch mich erteilt werden, beziehen sich diese auf jede automatisierte und manuelle Form der Verarbeitung, gleich ob digital oder analog. Ich erteile insbesondere die nachfolgenden Einwilligungen:

a) Kommunikation

Ich wurde durch den Rechtsanwalt darauf hingewiesen, dass die schnelle und unkomplizierte Kommunikation per unverschlüsselter E-Mail od	er
per Telefax unsicher sein kann. Auch E-Mails können von Dritten wie eine Postkarte gelesen werden. Über elektronische Datenübermittlung kö	n-
nen sich Viren, Trojaner und sonstige Schadprogramme verbreiten.	

- □ Ich willige ein, dass der Rechtsanwalt unverschlüsselt über die von mir angegebene E-Mail-Adresse und/oder Telefaxnummer auch vertrauliche Informationen sowie personenbezogene Daten übermittelt und mit mir kommuniziert.
- □ Ich willige ein, dass der Rechtsanwalt im Rahmen der Mandatsbearbeitung auch mit beteiligten Dritten per unverschlüsselter E-Mail oder Telefax kommuniziert und Informationen sowie personenbezogene Daten übermittelt.

b) Verarbeitung besonders schützenswerter personenbezogener Daten gem. Art. 9 Abs. 1 DSGVO

Im Rahmen der Mandatserteilung unterrichte ich den Rechtsanwalt umfassend über die für die Bearbeitung des Mandates relevanten Umstände einschließlich besonders schützenswerter personenbezogener Daten. Auch benenne ich Stellen (z.B. Ärzte, Krankenhäuser, ReHa-Einrichtungen, Kranken- und Rentenversicherungen, usw.) bei denen der Rechtsanwalt selbst solche Daten erheben und verarbeiten darf (z.B. im Rahmen von Attestanforderungen, Abfrage ärztlicher Stellungnahmen und Gutachten, Information von Sozialleistungsträgern und Versicherungen, usw.). Auch wünsche ich, dass der Rechtsanwalt sich mit den von mir benannten Stellen direkt austauschen darf und Informationen wechselseitig gegeben werden können.

tig gegeben werden können.				
Ich willige ein, dass der Rechtsanwalt die von mir und Dritten im Rahmen der Mandatserteilung und im laufenden Mandat mitgeteilten				
	Gesundheitsdaten □ genetischen Daten Daten zur rassischen oder ethnischen Herkunft Gewerkschaftszugehörigkeit religiöse oder weltanschauliche Überzeugung		biometrischen Daten Daten zum Sexualleben oder der sexuellen Orientierung politischen Meinung	
verarbeitet; und zum Zwecke der Erfüllung des erteilten Auftrages bei von mir benannten Dritten solche Daten selbst erhebt und verarbeitet				

c) Strafrechtliche Verurteilungen gem. Art. 10 DSGVO

Daten über strafrechtliche Verurteilungen werden z.B. im Rahmen einer Strafverteidigung, eines Ordnungswidrigkeitenverfahrens oder im Zusammenhang mit anderen Verfahren bekannt und benötigt.

□ Ich willige ein, dass der Rechtsanwalt die von mir und Dritten (insbesondere Behörden) im Rahmen der Mandatserteilung und im laufen den Mandat mitgeteilten Daten über strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten oder damit zusammenhängende Sicherungsmaßregelr verarbeitet sowie zum Zwecke der Bearbeitung des Mandates selbst erhebt und verarbeitet.

d) Schweigepflichtsentbindung

Ich bin darüber informiert, dass ich frei über die Erteilung einer Schweigepflichtsentbindung entscheiden kann. Erteilte ich keine oder eingeschränkt Entbindung, ist der Auftrag insoweit beschränkt erteilt und ich erledige die Einbeziehung und Unterrichtung Dritter selbst.

	Ich willige ein, dass der Rechtsanwalt in Erfüllung des erteilten Auftrages meine personenbezogenen Daten und besonders schützenswerte personenbezogenen Daten an Dritte übermittelt und dass diese dort für die angeführten Zwecke im gleichen Umfang verarbeitet werden dürfen, wie der Rechtsanwalt es dürfte. Insoweit werden der Rechtsanwalt sowie seine Mitarbeiter ausdrücklich von der Verschwiegenheitspflicht befreit, insbesondere gegenüber allen von mir benannten Dritten, dem Rechtschutzversicherer und sonst beteiligten Versicherungen.
_	
	Bemerkungen/Einschränkungen

d) Gebührenhinweis

Ich wurde vor der Mandatsbegründung darauf hingewiesen, dass sich die zu erhebenden Gebühren, soweit nichts anderes schriftlich vereinbart wird, ausdrücklich nach dem Wert, den der Gegenstand der anwaltlichen Tätigkeit hat (§§ 2 RVG, 49 b Abs. 5 BRAO), richten. Für die Vertretung in Bußgeld- oder Strafsachen richtet sich die Rechtsanwaltsvergütung dagegen weitestgehend nach Rahmensätzen, soweit keine Vergütungsvereinbarung getroffen wird. Auf die Kostentragungspflicht im arbeitsrechtlichen Gerichtsverfahren des ersten Rechtszugs gem. § 12a ArbGG wurde ich ausdrücklich hingewiesen.

Balingen, den			
	Unterschrift Auftraggeber		